

Zwangsverheiratung - Ein Problem nur von Migrantenfamilien?

Workshop für MultiplikatorInnen

Das Thema Zwangsverheiratung wird gesellschaftlich oft noch einseitig behandelt. Von der Mehrheitsgesellschaft wird Zwangsheirat meist als ein eigenes Problem der betroffenen Migrantenfamilie gesehen. Es entsteht das Gefühl, dass bei einer Intervention in die Privatsphäre, Kultur und Tradition der Familie eingegriffen wird. Zwangsheirat ist jedoch nicht privat und keine kulturelle oder traditionelle Angelegenheit, Zwangsheirat ist eine Menschenrechtsverletzung.

In der öffentlichen Debatte wird Zwangsverheiratung zum größten Teil mit bestimmten Kulturen oder Religionen in Zusammenhang gebracht. Die Zwangsverheiratung kommt aber in unterschiedlichen religiösen und ethnischen Gruppen vor, überschreitet die Grenzen von Schichten, betrifft reiche und arme Familien.

Zwangsheirat findet sowohl in den Herkunftsländern der Migrantenfamilie als auch in Deutschland statt. Die betroffenen Mädchen und jungen Frauen befinden sich in einer enormen Spannungssituation, und schwanken lange Zeit zwischen dem Wunsch es den Eltern recht zu machen und dem Bedürfnis nach Selbstbestimmung. Mit dieser Problematik konfrontierte Fachkräfte fühlen sich meist über die Situation der Betroffenen und ihrer Familien nicht ausreichend informiert und in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt.

Wie können sie Mädchen und Frauen, die von Zwangsverheiratung betroffen oder bedroht sind unterstützen? Welches Hintergrundwissen benötigen sie, welche Rechtsgrundlagen gibt es?

Mit dieser Fortbildung wird die Gelegenheit geboten, sich mit dem Thema Zwangsheirat auseinanderzusetzen und gemeinsam Lösungsansätze (auch anhand von Fallbeispielen) zu erarbeiten.

Die Fortbildung richtet sich an MultiplikatorInnen, die mit dem Thema bereits konfrontiert wurden oder präventiv tätig werden möchten.

Termin: Freitag 30.09.2011

Uhrzeit: 10:00 – 14:00 Uhr

Kosten: 10 Euro

Ort: agisra e.V., Martinstr.20a, 50667 Köln

Anmeldungen an: info@agisra.org

Das Seminar ist gefördert vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW